

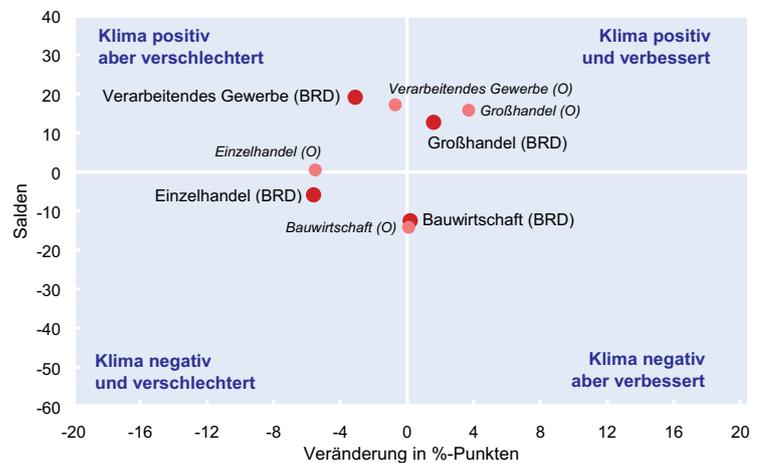
Das Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft Deutschlands hat sich im Juli etwas abgeschwächt und entsprach mit einem Saldowert von 10,4 Prozentpunkten wieder etwa dem Stand vom vorletzten Monat. Ausschlaggebend hierfür war vor allem der nachlassende Optimismus in den Geschäftserwartungen (Saldowert: 7,7 Prozentpunkte), aber auch die aktuelle Situation wurde von den Unternehmen etwas weniger positiv bewertet (Saldowert: 13,0 Prozentpunkte). Die konjunkturelle Grundtendenz bleibt dennoch aufwärtsgerichtet, wenngleich einige Faktoren wie ein anhaltend hoher oder sogar noch steigender Ölpreis, eine sich voraussichtlich abschwächende Weltkonjunktur und die bevorstehende Mehrwertsteuererhöhung dämpfend wirken könnten.

In den neuen Bundesländern fiel der Rückgang des Klimaindikatoren schwächer aus als im Bundesdurchschnitt. Zwar wurden hier die Perspektiven ebenfalls weniger zuversichtlich eingeschätzt als im Vormonat, die derzeitige Situation wurde jedoch etwas günstiger bewertet.

Eine deutliche Verschlechterung des Geschäftsklimas ergab sich nach der Aufwärtsentwicklung im Vormonat im Einzelhandel, sowohl in West- als auch in Ostdeutschland. Auch im verarbeitenden Gewerbe hat der Indikator nachgegeben, vor allem in den alten Bundesländern. Im Bauhauptgewerbe blieb das Geschäftsklima in beiden Teilen Deutschlands stabil. Der Großhandel meldete sogar eine leichte Aufwärtstendenz, insbesondere die ostdeutschen Unternehmen (vgl. Abbildung).

Im **verarbeitenden Gewerbe** wurde die aktuelle Geschäftslage etwas weniger positiv bewertet, bedingt durch die Entwicklung im Konsumgüterbereich. Der Anstieg von Nachfrage und Produktion schwächte sich leicht ab. Überhöhte Fertigwarenlager wurden erneut nur vereinzelt gemeldet, bei den Gebrauchsgüterproduzenten kam es sogar abermals zu Lieferschwierigkeiten. Im Laufe des zweiten Vierteljahres hat sich der Auslastungsgrad der Gerätekapazitäten erhöht und übertraf mit 86,3% den vergleichbaren Vorjahreswert deutlich. Etwas zugenommen hat auch die Reichweite der Auftragsbestände (2,7 Produktionsmonate). Die Geschäftserwartungen für das kommende halbe Jahr ließen abgeschwächten Optimismus erkennen, besonders ausgeprägt war dies im Vorleistungs- sowie im Investitionsgüterbereich. Die Chancen im künftigen Exportgeschäft schätzten die Testteilnehmer weiterhin zuversichtlich ein, ihrer Ansicht nach hat sich die Wettbewerbsfähigkeit auf den ausländischen Märkten innerhalb und außerhalb der EU in den letzten Monaten weiter verbessert. Die Produktionspläne zeigten sogar wieder häufiger nach oben als im Juni. Den Meldungen

**Geschäftsklima nach Wirtschaftsbereichen im Juli 2006<sup>1)</sup>**



<sup>1)</sup> Saisonbereinigte Werte. BRD = Bundesrepublik Deutschland, O = Ostdeutschland. Quelle: ifo Konjunkturtest.

der Firmen nach zu schließen werden die Verkaufspreise in den nächsten Monaten weiter heraufgesetzt werden. Die Beschäftigungslage dürfte sich etwas entspannen, zu Neueinstellungen in nennenswertem Umfang allerdings wird es vorerst nicht kommen.

Die Geschäftslage im verarbeitenden Gewerbe der neuen Bundesländer konnte sich gut auf dem Stand vom Vormonat behaupten. Der Auftragseingang stieg erneut an, die Fertigung expandierte. Die Geräte waren mit 83,6% etwas stärker ausgelastet als bei der letzten Erhebung und als zur gleichen Zeit des Vorjahres, an der Reichweite der Auftragsreserven (2,2 Monate) änderte sich jedoch nichts. Auch die ostdeutschen Industrieunternehmen äußerten sich hinsichtlich der Perspektiven etwas weniger zuversichtlich, vor allem in Bezug auf die Nachfrage aus dem Ausland. Die Produktionspläne kündigten weitere Steigerungen an.

Die leichte Besserung der Geschäftslage im **Bauhauptgewerbe** ist auf die günstigere Beurteilung in allen drei Teilsparten des Hochbaus zurückzuführen, während die im Tiefbau tätigen Unternehmen ähnlich unzufrieden waren wie im Juni. Hinsichtlich der Entwicklung in den nächsten sechs Monaten hat die Zuversicht jedoch etwas nachgelassen. Der Auslastungsgrad des Maschinenparks erreichte bei reger Bautätigkeit 70% und lag um 7 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert. Die Reichweite der Auftragsbestände blieb mit 2,7 Monaten im Durchschnitt der Bausparten konstant (Vorjahr: 2,3 Monate), nur ein Fünftel der Firmen betrachtete die Auftragsbestände als unzureichend. Per saldo lediglich 8% der Testteilnehmer gingen von einer Verringerung des Personal-

<sup>1</sup> Die ausführlichen Ergebnisse des ifo Konjunkturtests sowie Unternehmensbefragungen in den anderen EU-Ländern werden in den »ifo Konjunkturperspektiven« veröffentlicht. Die Zeitschrift kann zum Preis von 75,- EUR/Jahr abonniert werden.

bestandes aus, gegenüber noch mehr als dreimal soviel vor einem halben Jahr. Die Spielräume für Preissteigerungen dürften sich den Angaben zufolge noch vergrößern.

In Ostdeutschland stand einer leichten Aufwärtsentwicklung der aktuellen Situation – die ausschließlich vom Hochbau herrührte – eine Eintrübung der Perspektiven gegenüber. Die Kapazitätsauslastung betrug wie im Vormonat 75%, die Auftragsreserven (2,1 Monate) schrumpften jedoch etwas. Für die nächsten Monate sahen die Unternehmen Möglichkeiten, die Preise leicht anheben zu können.

Im **Großhandel** wurde die derzeitige Geschäftslage im Durchschnitt erneut überwiegend positiv bewertet, im Bereich der Verbrauchsgüter gewannen allerdings die negativen Stimmen ein leichtes Übergewicht. Im Hinblick auf die Geschäftsaussichten sind die Unternehmen – mit Ausnahme des Nahrungs- und Genussmittelsektors – wieder zuversichtlicher geworden. Dies hat sich auch auf die wieder etwas expansiveren Orderpläne ausgewirkt, zumal die Warenbestände nicht als zu groß empfunden wurden. Den Firmenmeldungen nach zu schließen werden die Verkaufspreise in den kommenden Monaten weiter heraufgesetzt, vor allem im Produktionsverbindungshandel. Die Zahl der Beschäftigten dürfte leicht zunehmen.

Die ostdeutschen Großhändler stufen ihre Geschäftssituation so positiv ein, wie dies seit Einführung des Konjunkturtests in den neuen Bundesländern nicht zu beobachten war. Die Zuversicht in den Erwartungen hat allerdings etwas nachgegeben. Bei einem erneuten Umsatzplus konnten die überhöhten Lager größtenteils abgebaut werden. Dementsprechend wollen die Unternehmen die Bestellungen künftig aufstocken; auch sahen sie Chancen für weitere Preissteigerungen.

Nach der deutlichen Aufwärtsentwicklung im Vormonat hat sich die Geschäftslage des **Einzelhandels** im Juli wieder verschlechtert. Dies resultiert aus der erhöhten Unzufriedenheit im Non-Food-Bereich, während im Nahrungs- und Genussmittelsektor die positiven Meldungen sogar verstärkt dominierten (Sondereffekte: Fußballweltmeisterschaft, Hitzewelle). Hinsichtlich der Geschäftsaussichten äußerten sich die Testteilnehmer etwas zurückhaltender. Dies dürfte zusammen mit dem erhöhten Lagerdruck auch der Anlass dafür gewesen sein, dass die Orderpläne vermehrt auf Kürzungen ausgerichtet waren. Vereinzelt wurden die Verkaufspreise angehoben; für die nächsten Monate sah man Spielräume für weitere Heraufsetzungen – insbesondere bei Nahrungs- und Genussmitteln. Eine Verringerung der Zahl der Mitarbeiter war nur noch bei per saldo 6% der Testteilnehmer vorgesehen, vor Jahresfrist war dieser Wert noch dreimal so hoch.

Über einen weitgehend unveränderten und im Großen und Ganzen befriedigenden Geschäftsverlauf berichteten die Ein-

zelhändler in den neuen Bundesländern, befürchteten aber eher eine Abwärtstendenz in den nächsten Monaten. Angesichts erhöhten Lagerdrucks beabsichtigten sie auch eine Kürzung ihrer Bestellvolumina. Der Preisanstieg dürfte sich fortsetzen.

Zum dritten Mal in Folge hat sich das Geschäftsklima im **Dienstleistungsgewerbe**<sup>2</sup> eingetrübt. Während die aktuelle Situation nahezu ebenso positiv eingestuft wurde wie im Vormonat, hat der Optimismus in den Erwartungen abermals deutlich nachgelassen. Im Vergleich zum Vorjahr konnte ein Umsatzplus registriert werden; für die nächsten Monate gingen die Unternehmen sogar wieder häufiger von einem Anstieg der Nachfrage aus und beabsichtigten auch, zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen.

<sup>2</sup> In den Ergebnissen für die »gewerbliche Wirtschaft« nicht enthalten.